

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 96 846 ppbn d

Inhalt

37. Jahrgang / 81

29. April 1982

Friedhelm Farthmann MdL,
NRW-Sozialminister, for-
dert, ausländischen Ar-
beitnehmern weiterhin
eine faire Chance zur In-
tegration zu geben: Aus-
länder nicht zu Sünden-
böcken machen.

Seite 1

Morst Ehmke MdB begrüßt
Klaus Bölling als Regie-
rungssprecher: Aus halb
sozialdemokratischer und
halb preußischer Staats-
räson.

Seite 3

Renate Lepsius MdB erwar-
tet, daß Anke Fuchs der
Sache der Frauen als Mi-
nisterin gute Dienste
leisten kann: Hilfreiche
Sachkompetenz.

Seite 4

Wolfgang Clement sieht
gemeinsame Möglichkeiten
für die Koalitionspar-
teien: FDP-Maiaufruf und
Münchener SPD-Beschlüsse
als Basis.

Seite 5

Ausländer nicht zu Sündenböcken machen

Wir müssen Ihnen weiterhin eine faire Chance zur Integration
geben

Von Professor Dr. Friedhelm Farthmann MdL
Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes
Nordrhein-Westfalen

Die Parolen erinnern uns an unselige Zeiten: "Deutschland
den Deutschen" und "Türken raus". Wir finden sie an Hauswä-
nde geschmiert, wir hören böse Witze über Ausländer. Dazu kom-
men die "Warnungen" deutscher Professoren vor einer "Unter-
wanderung" des deutschen Volkes, vor einer "Überfremdung"
unserer Sprache und Kultur - in einem völkischen und deutsch-
tümlichen Stil, der betroffen machen muß. Diese Hochschul-
lehrer liefern rechtsextremistische Stimmungsmacher erst die
geistige und moralische Rechtfertigung für ihr Tun, ob sie es
wollen oder nicht.

Es ist unerträglich, wenn in dieser schwierigeren wirtschaft-
lichen Situation die ausländischen Arbeitnehmer zu Sünden-
böcken gemacht werden sollen. Wir können nicht hinnehmen, daß
sie behandelt werden wie eine Verschiebemasse.

Rufe wie "Rausschmeißen" - sind das nur vereinzelte Stimmen
oder schon Stimmungslagen? Kein Zweifel! Die ausländerpoli-
tische Diskussion der letzten Wochen und Monate hat einige
neue Akzente gesetzt. In früheren Jahren wurde noch über die
Aufhebung oder Lockerung des Anwerbestops von 1973 öffentlich
diskutiert. Seit einiger Zeit stehen Forderungen nach weiter-
er Begrenzung des Familiennachzugs und Modelle der Rückkehr-
förderung auf der politischen Tagesordnung.

Ich habe nie ein Hehl aus meiner Meinung gemacht, daß wir der
deutschen Bevölkerung einen weiteren Zustrom von Ausländern
nicht mehr zumuten können. Meines Erachtens ist die Gren-



ze der Aufnahmefähigkeit erreicht. Deswegen muß der Anwerbestop uneingeschränkt aufrecht-
erhalten und der Zustrom weiterer Ausländer gebremst werden. Kindergärten und Schul-
klassen, in denen deutsche Kinder in der Minderheit sind, können gegenüber der deutschen
Bevölkerung nicht verantwortet werden. Sie verlieren auch ihre Integrationswirkung für
die ausländischen Kinder. Dies ist für mich auch der entscheidende Punkt: Die ausländi-
schen Arbeitnehmer, die seit vielen Jahren in unserem Lande leben, verdienen unsere
volle Solidarität, gerade in wirtschaftlich schlechteren Zeiten. Wir müssen ihnen weiter-
hin eine faire Chance geben, sich zu integrieren. Auch wenn es vornehmlich bei den stark
religiös ausgerichteten Türken mit der Integration ungleich langsamer als mit anderen
Ausländer-Gruppen vorangeht, dürfen wir nicht nachlassen und nicht die Flinte ins Korn
werfen. Dieses Stück Geduld und Duldsamkeit sind wir diesen Menschen gegenüber schuldig.

Es kann keine Rede davon sein, daß die Integrationspolitik insgesamt gescheitert sei.
Daß die Integrationsangebote zunehmend angenommen werden, läßt sich an einigen Beispielen
belegen: Noch 1979 besuchten in Nordrhein-Westfalen nur 37 Prozent der Ausländerkin-
der einen deutschen Kindergarten, 1981 waren es bereits 50 Prozent. Noch Mitte der 70er
Jahre schafften nur knapp 25 Prozent der ausländischen Schüler den Hauptschulabschluß,
heute sind es in Nordrhein-Westfalen 58 Prozent. Dies ist ein Zeichen dafür, daß die vor-
schulischen Einrichtungen und die Schulen beachtliche Arbeit leisten. Diese Integra-
tionsfortschritte lassen sich auch bei nicht mehr schulpflichtigen ausländischen Jugend-
lichen feststellen, die die vermehrt von der Möglichkeit einer beruflichen Ausbildung
Gebrauch machen. Die Zahl der jugendlichen Ausländer, die außerhalb der Schule deutsche
Sprachkurse besuchen, ist in der letzten Zeit so stark angestiegen, daß Nordrhein-West-
falen mit der Finanzierung dieser Sprachkurse kaum noch nachkommt.

Bedauerlicherweise ist die mit rund 40 Prozent des gesamten Ausländeranteils stärkste
Nationalität - die Türken - bei dieser insgesamt positiven Entwicklung das Schlußlicht.
Gerade bei den Türken wird die Bedeutung der Sprachkenntnisse, der schulischen und der
beruflichen Bildung immer noch unterschätzt. Türkische Jugendliche sind mit einem Minum
sozialer und beruflicher Integration bereit, das "schnelle Geldverdienen" einer soliden
beruflichen Ausbildung vorzuziehen. Diese Einstellung wird unter anderem auch noch da-
durch gefördert, daß sich junge türkische Männer für rund 20.000,- DM vom Militärdienst
"freikaufen" können.

Auch diese Einstellung der Türken führt verstärkt zu Vorurteilen in der deutschen Be-
völkerung. Die wachsende Ablehnung Ausländern gegenüber richtet sich nämlich in erster
Linie gegen jene, in der Hauptsache türkische Ausländer, deren mangelnde Integrations-
bereitschaft den Verdacht nahelegt: "Die wollen ja gar nicht!" Hier ist auch durch per-
sönliche Begegnung noch eine Menge Arbeit zu leisten. Nordrhein-Westfalen bemüht sich
besonders nachhaltig darum, die ausländischen Arbeitnehmer direkt anzusprechen, etwa um
sie dazu zu bewegen, ihre Kinder in deutsche Kindergärten zu schicken. In Nordrhein-West-
falen kommt ein Ausländerbetreuer auf 3.900 Türken, im Bundesdurchschnitt sind es 7.600
Türken.

Es ist keine "Trendwende" in der Ausländerpolitik nötig. Wichtig ist, den Familiennach-
zug zu bremsen, aber den hier bereits seit Jahren lebenden Ausländern weiterhin ein
faires Angebot zur Integration zu geben.

(-/29.4.1982/eu/ca)

+ + +



Klaus Bölling wieder Regierungssprecher

Aus halb sozialdemokratischer und halb preußischer Staatsraison

Von Prof. Dr. Horst Ehmke MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Aus halb sozialdemokratischer und halb preußischer Staatsraison sei Klaus Bölling 1974 im Bundespresseamt angetreten, hat Bundeskanzler Helmut Schmidt bei der Verabschiedung des Regierungssprechers am 15. Dezember 1980 gemeint, Mit Bölling gehe nicht nur ein persönlicher Freund und Ratgeber, sondern auch "ein ziemlich penetranter Kritiker".

Seit heute ist Bölling wieder auf seinem alten Platz. Auch die Bonner Korrespondenten dürften wohl kaum ihre Huldigungen vergessen haben, die sie Klaus Bölling vor eineinhalb Jahren zum Abschied geschrieben haben:

- Der damalige Vorsitzende der Regierungspressekonferenz, Ernst Ney, zählte Bölling zu den Regierungssprechern, die in der Erinnerung der Bonner Journalisten eine hervorragende Stellung einnehmen: als Persönlichkeit sowie in ihrer Kollegialität und in ihrem Engagement.
- Der Bonner "Generalanzeiger" sah den Bundeskanzler "seinen fast idealen Interpreten verlieren, einen instinktsicheren Begleiter mit journalistischem Fingerspitzengefühl und seinen getreuen geistigen Leibwächter".
- Die "Hessische Allgemeine" bekundete, Böllings Art werde "den Korrespondenten fehlen".
- Die "Stuttgarter Nachrichten" bewunderten "seine Leistung, denn jeder Tag, an dem ein Regierungssprecher aufsteht, ist gespickt mit Fallgruben und Fettnäpfchen, in die sich treten läßt".
- Die "Süddeutsche Zeitung" schrieb: "In sechseinhalb Jahren seines Bonner Sprecheramtes hat sich der anfangs mit großer Skepsis aufgenommene Journalist Bölling den Ruf verdient, ein mindestens genauso authentischer Interpret des Bundeskanzlers Schmidt zu sein, wie seinerzeit der legendäre Felix von Eckhardt Interpret des Kanzlers Adenauer war."
- Und die "Neue Züricher Zeitung" erblickte gar in Böllings Abschied "so etwas wie das Ende einer Ära".

Ernst Ney hatte Bölling damals in Anspielung auf kühle Zeiten einen Porzellan-Eisbären mit auf den Weg nach Ost-Berlin gegeben: "Wenn Sie dessen Verwandlung schaffen, dann werden Sie viel erreicht haben!"

In den vierzehn Monaten als Ständiger Vertreter der Bundesrepublik im anderen Deutschland hat Bölling sicherlich keinen Wandel herbeiführen können. Er hat aber sein schwieriges Amt solide, korrekt und mit Umsicht versehen. In seiner Zeit fiel das Gipfeltreffen Schmidt/Honecker am Werbellinsee.

Wenn Bölling - seit 22 Jahren Mitglied der SPD - im Zuge der Kabinettsumbildung Helmut Schmidts Ruf zurück nach Bonn folgt, so aus "halb sozialdemokratischer und halb preußischer Staatsraison". Dies zeichnet ihn aus.

Klaus Bölling braucht sich hier in Bonn nicht erst wieder einzuarbeiten. Aus dem Stand heraus wird er mit Fleiß bemüht sein, in schwieriger gewordener Großwetterlage die Politik des sozialdemokratischen Bundeskanzlers und der sozialliberalen Bundesregierung zu interpretieren. Es wird seiner Arbeit dabei zugute kommen, die sozialdemokratische Bundestagsfraktion gut zu kennen.

(-/29.4.1982/v0-he/ca)

Hilfreiche Sachkompetenz

Anke Fuchs kann der Sache der Frauen gute Dienste leisten

Von Dr. Renate Lepsius MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Anke Fuchs übernimmt heute die Verantwortung für das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, ein Ressort, das traditionell, aber nicht notwendigerweise, von PolitikerInnen geführt wird.

Die neue Bundesministerin ist ein alter Fuchs im Bonner Männerkabinett. Sie kennt die Schwierigkeiten dieses Ressorts, sie kennt die geringen Kompetenzen und den schmalen Etat. Wir erwarten, daß Anke Fuchs mit Verhandlungsgeschick, Zähigkeit und politischer Phantasie an diese neue Aufgabe herangeht. Dabei wird der Erfolg einer Politik für die Familien, für die Jugend und für eine Verbesserung des Gesundheitsschutzes für die Bevölkerung davon abhängen, welches Haushaltsvolumen ihr eingeräumt wird. Hier ist Anke Fuchs wahrlich nicht zu beneiden.

Aus der Sicht der Arbeitsgruppe Frauenpolitik stelle ich folgende vordringliche Aufgaben für die zweite Hälfte dieser Legislaturperiode heraus:

- Eine Novellierung des Arbeitsrechtlichen EG-Anpassungsgesetzes bei der Umsetzung der Enquête "Frau und Gesellschaft" mit dem Ziel der Gleichstellung von Mann und Frau;
- Ausbau des Mutterschaftsurlaubs zu einem Elternurlaub auf der Basis flexibler Regelungen;
- die Kompetenzerweiterung des Arbeitsstabs Frauenpolitik und ihre haushaltsmäßige Absicherung;
- Modelle zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf unter besonderer Berücksichtigung verkürzter Arbeitszeit;
- die Aufklärungsarbeit für Frauen zu intensivieren.

Anke Fuchs bringt hierfür die denkbar günstigsten Voraussetzungen mit: Ihre Sachkompetenz, mit der sie als Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung den Mutterschaftsurlaub und das Arbeitsrechtliche EG-Anpassungsgesetz entwickelt hat, wird sie als die für Frauenfragen zuständige Ministerin einbringen, um den Frauen mehr Gleichberechtigung zu erkämpfen. (-/29.4.1982/ks/ca)

+ + +



Viel an gemeinsamen Möglichkeiten

Der Mai-Aufruf der FDP und die Münchner SPD-Beschlüsse können als Bals dienen

Von Wolfgang Clement
Sprecher des SPD-Vorstandes

In Bonn hat sich die Szenerie gründlich verändert: Nachdem der Münchner Parteitag der SPD all die Irrlichter ausblies, die monatelang eine angebliche Zerrissenheit der SPD beleuchteten, ist mit dem nunmehr umgerüsteten Kabinett auch die Zeit der hektischen bis hysterischen Spekulationen vorbei. Die Koalition kann jetzt wieder zur produktiven Zusammenarbeit finden, wenn sie ihre Chance sieht und nutzt.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik weist nach einer längeren Schwächeperiode sichtbar nach oben. Doch jeder weiß: Die Gefahr einer langandauernden, hohen Arbeitslosigkeit ist damit noch lange nicht gebannt. Deshalb hat die SPD in ihren Münchner Beschlüssen verlangt, daß die Beschäftigungspolitik in der Gesamtpolitik "den Vorrang" haben müsse.

Dazu müssen der Staat und alle verantwortlichen gesellschaftlichen Gruppen zusammenwirken. Genau dies will die vom Deutschen Gewerkschaftsbund angestoßene "Gemeinschaftsinitiative der Bundesregierung für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität", die von unserem Münchner Parteitag nachdrücklich und uneingeschränkt unterstützt worden ist. Wir nennen deshalb die Blockadepolitik der CDU/CSU gegen diese Initiative angesichts der alarmierenden Arbeitslosenzahlen verantwortungslos und skandalös.

Wir können hingegen mit einiger Genugtuung registrieren, daß unser Koalitionspartner nach unserem Parteitag in einer Erklärung zum 1. Mai festgestellt hat, daß die Überwindung der Arbeitslosigkeit und die Erhaltung des sozialen Friedens die zentrale Aufgabe der vor uns liegenden Monate ist. Wenn die FDP in diesem Zusammenhang die Mitverantwortung des Staates postuliert, die Förderung öffentlicher und privater Investitionen verlangt, für entsprechende Umschichtungen im Haushalt eintritt, dabei auch den Abbau von Subventionen und von Steuer- und sonstigen Vergünstigungen ins Auge faßt, Arbeitszeitverkürzungen, eine aktive Vermögenspolitik sowie eine "Qualifizierungsoffensive" für die Arbeitnehmer propagiert - dann steckt darin viel mehr an gemeinsamen Möglichkeiten, als es die fixen und falschen Etikette vermuten lassen, die einige Liberale, von Strauß und Kohl eh zu schweigen, der SPD nach München anzupappen versuchten.



Der öffentlich verbreitete Eindruck, die SPD hätte auf ihrem Parteitag eine Art Steuererhöhungsprogramm beschlossen, ist geradezu aberwitzig; präzise wurde der Auftrag vergeben, für künftige beschäftigungswirksame Maßnahmen zwölf sehr unterschiedliche Finanzierungsmöglichkeiten zu überprüfen. Tatsächlich haben wir in München als erste und einzige Partei in der Bundesrepublik ein umfassendes und praktisches Programm gegen die Arbeitslosigkeit beschlossen. Es sieht unter anderem vor:

- Gezielte private und öffentliche Investitionen zur Energieeinsparung und zum Umweltschutz;
- eine gezielte Förderung der Qualifikation von Arbeitnehmern;
- Arbeitszeitverkürzungen und mehr Freiheit für Arbeitnehmer in der Wahl der Arbeitszeit;
- Investitionsfinanzierung durch mehr Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand;
- eine Stärkung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit durch Modernisierung der Volkswirtschaft;
- die Belohnung von arbeitsplatzschaffenden Investitionen zu Lasten ausgeschütteter Gewinne und
- die Förderung von unternehmerischer Initiative durch das Erschweren leistungsloser Profite.

Die SPD wird überdies ihren Beitrag leisten, in Zeiten geringeren Wachstums die von der Arbeiterbewegung erkämpften sozialen Sicherungssysteme unter strikter Beachtung des Prinzips der Gerechtigkeit zu konsolidieren. Was wir nicht dulden werden, das ist eine Politik der Schnitte ins soziale Netz, wie sie die CDU/CSU betreiben will.

Schließlich treten wir dafür ein, die explosiv gewordene Ausländerproblematik in einem dem Rechts- und Sozialstaat oder schlichter gesagt, der Menschlichkeit würdigen Weise anzupacken. Wir werden deshalb dem Ausländerhaß, wo immer er keimt, mit aller Kraft begegnen und zugleich versuchen, dafür zu sorgen, daß die Zahl der ausländischen Mitbürger nicht noch wächst, weil sonst die Integrationsfähigkeit unseres Landes überstrapaziert zu werden droht.

Dies ist ein Programm, das soziales und liberales Handeln geradezu herausfordert. Denn was wir nicht teilen, das ist der Glaube, der Markt, wenn er nur möglichst ungebündelt wirken könne, werde schon alles heilen. Den haben uns - gewissermaßen stellvertretend für Strauß - spätestens der Thatcherismus und die Reagenomics ausgetrieben.
(-/29.4.1982/ks/oa)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

